

**„Wood Vision – das Technikum“,  
Projektnummer: 1.000.073.233**

# **Technikumsplanung**

**DIREKTVERGABE MIT VERGLEICHSANGEBOTEN**

**Angebotsformblatt Eigenerklärung**

**Weiz, 30.04.2025**



## Beilage D – Formblatt Eigenerklärung: Zuverlässigkeit und Befugnis

Es ist jeweils ein Formblatt von der/dem BieterIn selbst und für ein Mitglied einer  
BieterInnengemeinschaft und von jeder/jedem namhaft gemachten SubunternehmerIn  
auszufüllen!

Projekttitel: Technikumsplanung im Rahmen des Projektes „Wood Vision – das  
Technikum“ Projektnummer : 1.000.073.233  
Programm: EFRE-/JTF-Programmmaßnahme 1.1. "Ausbau der Forschungs- und  
Technologieinfrastruktur"  
Projektträger: Wood Vision Lab GmbH  
Projektdauer: nach Auftragserteilung: ab sofort bis 05/2027  
Leistungsbezeichnung: Technikumsplanung

Wir, .....  
(Name der/des Bieterin/Bieters bzw. der BieterInnengemeinschaft)

erklären, dass wir zur Ausführung der nachgefragten Leistungen berechtigt sind und über die  
folgenden Befugnisse/Gewerbeberechtigungen verfügen


Der Nachweis in Form eines GISA-Auszuges oder vergleichbares liegt bei

Wir erklären, dass unsere berufliche Zuverlässigkeit nicht in Frage gestellt ist, insbesondere:

- gegen physische Personen, die Mitglied im Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgan des Unternehmens sind oder die darin Vertretungs-, Entscheidungs- oder Kontrollbefugnisse haben, kein rechtskräftiges Urteil wegen eines Deliktes ergangen ist, das die berufliche Zuverlässigkeit des Bewerbers in Frage stellt, insbesondere auch keine Verurteilung, die einen der folgenden Tatbestände betrifft:  
Mitgliedschaft bei einer kriminellen Vereinigung oder Organisation (§§ 278 und 278a des Strafgesetzbuches – StGB, BGBl. Nr. 60/1974), Terroristische Vereinigung, Terroristische Straftaten oder Terrorismusfinanzierung (§§ 278b bis 278d StGB), Bestechlichkeit, Vorteilsannahme, Bestechung, Vorteilszuwendung oder verbotene Intervention (§§ 304 bis 309 StGB und § 10 des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb 1984 – UWG, BGBl. Nr. 448/1984), Betrug (§§ 146 bis 148 StGB), Untreue (§ 153 StGB), Geschenkannahme (§ 153a StGB), Förderungsmisbrauch (§ 153b StGB), Geldwäscherei (§ 165 StGB), Sklaverei, Menschenhandel oder Grenzüberschreitender Prostitutionshandel (§§ 104, 104a und 217 StGB) bzw. einen entsprechenden Straftatbestand gemäß den Vorschriften des Landes, in dem der Unternehmer seinen Sitz hat,
- über das Vermögen unseres Unternehmens kein Insolvenzverfahren eröffnet oder mangels kostendeckender Vermögen abgewiesen wurde,



- wir uns nicht in Liquidation befinden oder unsere gewerbliche Tätigkeit einstellen oder eingestellt haben,
- wir keine für den öffentlichen Auftraggeber nachteiligen Abreden getroffen haben, die gegen die guten Sitten verstoßen oder mit anderen Unternehmern Abreden getroffen haben, die auf die Verzerrung des Wettbewerbs abzielen,
- wir auch sonst im Rahmen unserer beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung, insbesondere gegen Bestimmungen des Arbeits-, Sozial- oder Umweltrechts, begangen haben,
- wir unserer Verpflichtung zur Entrichtung der Sozialversicherungsbeiträge sowie der Steuern und Abgaben nach den Vorschriften unseres Sitzstaates nachkommen,
- wir uns verpflichten, der Auftraggeberin einen allfälligen Interessenskonflikt gemäß § 26 BVergG unverzüglich mitzuteilen,
- der faire und lautere Wettbewerb unter Beachtung des Grundsatzes der Gleichbehandlung nicht aufgrund einer allfälligen Beteiligung unseres Unternehmens an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens gemäß § 25 verzerrt wird,
- wir bei der Erfüllung einer wesentlichen Anforderung im Rahmen eines früheren Auftrages oder Konzessionsvertrages keine erheblichen oder dauerhaften Mängel erkennen haben lassen, die die vorzeitige Beendigung dieses früheren Auftrages oder Konzessionsvertrages, Schadenersatz oder andere vergleichbare Sanktionen nach sich gezogen haben,
- wir uns bei der Erteilung von Auskünften betreffend die Eignung keiner schwerwiegenden Täuschung schuldig gemacht haben, diese Auskünfte erteilt haben oder die vom öffentlichen Auftraggeber zum Nachweis der Eignung geforderten Nachweise bzw. Bescheinigungen vorgelegt, vervollständigt oder erläutert haben,
- wir nicht versucht haben, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen und auch nicht versucht haben, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die wir unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnten und wir nicht fahrlässig irreführende Informationen an den öffentlichen Auftraggeber übermittelt haben, die die Entscheidung des öffentlichen Auftraggebers über den Ausschluss oder die Auswahl von Unternehmern oder die Zuschlagserteilung erheblich beeinflussen könnten, oder versucht haben, solche Informationen zu übermitteln.
- wir über eine entsprechende technische, finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zur Erfüllung des gegenständlich ausgeschriebenen Auftrags verfügen, und
- wir uns verpflichten, der Auftraggeberin jede relevante Änderung in Hinblick auf unsere Zuverlässigkeit, Befugnis und/oder Leistungsfähigkeit unverzüglich mitzuteilen, und
- der Auftraggeberin sämtliche von der Auftraggeberin verlangten Nachweise zu unserer Zuverlässigkeit, Befugnis und Leistungsfähigkeit unaufgefordert beigebracht zur Angebotslegung zur Verfügung gestellt haben.
- wir der Auftraggeberin sämtliche Unklarheiten und Fehler, an denen die Verfahrensunterlagen bzw. die Festlegungen der Auftraggeberin nach unserer Meinung leiden, mitgeteilt haben, und
- wir uns verpflichten, alle im Zuge dieses Vergabeverfahrens bekannt gewordenen Informationen und Unterlagen vertraulich zu behandeln und diese vertrauliche Behandlung durch unsere Mitarbeiter sowie allfällig hinzugezogene Dritte sicherzustellen, und



- wir uns verpflichten, auf Aufforderung alle für die Beurteilung unserer Teilnahme am Vergabeverfahren notwendigen zusätzlichen Auskünfte unverzüglich zu erteilen.

Name des Unternehmens

Ort, Datum

Firmenstempel, rechtsgültige  
Unterschrift, Namen in Klartext

